

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 5,30 M., bei Mithras Postbezug monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Postdruck für Deutschland 5,00 M., für Ausland 6,00 M., per Brief 12,00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Roden 2503 und 2506.

Interests fallen die achtjährige Nonpareilzeit ab, deren Name einseh. Steuerungsrichtig 2,50 M., das achtjährige Wort 1,15 M., das weitere Wort 65 Pf., samstags und Organisationszeitungen die achtjährige Nonpareilzeit 2,40 M., das achtjährige Wort 75 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Inverate für den darauf stehenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inserenten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Bernspracher: Kurt Roden 2503 - 06, 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Franzosen und die Internationale.

Der Straßburger Beschluß.

Eine Meldung aus Straßburg, die allerdings noch keine Einzelheiten über die angenommene Resolution enthält, teilt mit, daß der französische Sozialistenkongress mit einer Mehrheit von 3300 Stimmen die Resolution L o n g u e t angenommen hat, während die Resolution L o r i o t mit 2620 Stimmen in der Minderheit blieb. Die von Renaudel vertretene dritte Resolution mußte zurückgezogen werden.

Die Abstimmung des französischen Parteitagcs ergibt dasselbe Bild wie der Leipziger Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie. Auch die französischen Genossen haben in ihrer übergroßen Mehrheit für den Austritt aus der zweiten Internationale gestimmt. Doch sie haben es zugleich abgelehnt, wie der äußerste linke Flügel unter Loriot es wollte, den sofortigen Anschluß an die Moskauer Internationale zu vollziehen. Sie haben sich vielmehr auf den Boden der Resolution Longuet gestellt, die die Wiederaufnahme der Internationale austritt durch Vereinigung aller sozialrevolutionären Parteien des Westens mit den Parteien der Moskauer Internationale.

Die in der Resolution Longuet enthaltenen Argumente bewegen sich in derselben Richtung wie die Resolution unseres Leipziger Parteitagcs. Die Resolution Longuet, die jetzt von der gesamten französischen Partei angenommen worden ist, befürwortet die praktische Wirksamkeit, die unsere Partei, in Ausübung des Leipziger Beschlusses, zur Herstellung einer tatkräftigen revolutionären Internationale begonnen hat. Durch diesen Beschluß hat die französische Partei die Wichtigkeit des von der Unabhängigen Sozialdemokratie eingenommenen Standpunktes ausdrücklich anerkannt und das von ihr begonnene Werk um ein gut Stück weitergebracht. Es ist zu hoffen, daß unsere Partei, Hand in Hand mit den französischen und schweizerischen Genossen, ihre Aufgabe erfolgreich zu Ende führen wird, eine Internationale zu schaffen, in der alle sozialrevolutionären Parteien des Proletariats zu einer geschlossenen Kampforganisation vereinigt sind.

Die Verfolgung der Kriegsverbrecher.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Oberreichsanwalts:
Auf Grund des Reichsgesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919 erlaubt es alle diejenigen Herren, denen bekannt ist, daß ihre Namen auf der Zustellungsliste stehen, mir umgehend Aufenthaltsort und Wohnung anzugeben.

Der Abfindungsfall.

Am Sonntag erklärte der Ministerialdirektor Franz R e i n e r auf dem noch sozialistischen Berliner Parteitag unter lebhafter Zustimmung der Versammlung, daß ein Verbleiben der rechtssozialistischen Minister in der Regierung in dem Augenblick unwahrscheinlich wäre, wo mit Hilfe der bürgerlichen Parteien der Verdrängung der Hohenzollernabfindung zur Annahme gelang. Diese Erklärung, die einer selbstverständlichen Erkenntnis von der Absurdität des Entwurfs entsprang, ist, nachdem der von uns mehrfach dargelegte Standpunkt einer entschuldigungslosen Entziehung keinen Anklang bei den bürgerlichen Parteien gefunden hat, in der gestrigen gemeinsamen Sitzung der rechtssozialistischen National- und Landesversammlungsorganisationen schärfend erwidert worden. Zwar wollen die rechtssozialistischen heute beantragen, daß unter Ausdeutung des § 153 der Reichsverfassung die Entschädigung in anderer als der vorstehenden Weise geregelt wird. Aber ausdrücklich wird dann von einer „angemessenen“ Entschädigung gesprochen.

Wir haben bereits hier dargelegt, daß von einer „Entschädigung“ der Familie Hohenzollern keine Rede sein kann. Wo in aller Welt würde es auch möglich sein, daß eine bankrotte Firma dem Besonderen noch erhebliche Teile der Liquidationsumme zufließen. Die unabhängige B. Aktien der preussischen Landesverwaltung findet mit ihrem Antrag, alles Eigentum der Hohenzollern entschädigungslos dem Staat zu übergeben, die Zustimmung der weitesten Volksschichten und selbst der „Republikaner“

muß zugeben, daß eine Abfindung in der vorliegenden Form zu einer ungeheuren Erregung im Volke führen muß. Wenn er trotzdem wieder von einer „Entschädigung“ spricht, so zeigt das nur, daß die Rechtssozialisten auf dem besten Wege sind, sich mit dem Nachwerk ihres Vorgesetzten Südekum völlig auszuföhnen und an diesem neuen ungeheuerlichen Volksbetrug aktiv mitzuarbeiten.

Fault aber kein Hirn.

Feierlichkeiten im Bergbau.

Wir haben bereits berichtet, wie völlig willkürlich die Behörden unter Leitung des Rechtssozialisten Severing verfahren, um die Bergarbeiter zu zwingen, Ueber-schichten zu verfahren. Diese Maßnahmen haben große Erregung und eine Anzahl Streiks hervorgerufen. Nun stellt sich heraus, daß das Verfahren von Ueber-schichten zur Zeit gar keinen Sinn hat, weil es an Waggons zum Abtransport mangelt. So erklärt sich, wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, die Eisenbahndirektion Essen außerstande, für Abhilfe zu sorgen. Auf den einzelnen Zügen stauten sich die in den Ueber-schichten mehr geförderten Kohlen. So erhielt die Zeche „Mont Cenis“ in Ferme am 27. Februar anstatt 260 Waggons nur 104, und sie erklärt, daß das ganze Ueber-schichtenwesen zwecklos sei, wenn der Abtransport nicht einigermaßen gleichmäßig erfolgt. Die Zeche „Frühliche Morgenröte“ in Bochum mußte die angeordnete Ueber-schicht ausfallen lassen, weil sie kein Voermaterial hatte, und sie steht vor der Notwendigkeit, anstatt der Ueber-schichten Feierschichten einzulegen, wenn es mit der Waggengestellung nicht besser wird.

Man ist also mit den schärfsten Maßnahmen gegen die Bergarbeiterschaft vorgegangen, und nun stellt sich heraus, daß aller Aufwand, von Gewalt sinnlos gewesen ist! Nicht die Bergarbeiter trifft die Schuld am Kohlenmangel, sondern einmal die Bergherren, die die nötigen technischen Erneuerungen immer wieder hinauschieben, dann aber die famose Eisenbahnverwaltung des Herrn C e s e r. Der Herr hat seit seinem Amtsantritt nie etwas anderes gewußt, als auf die faulen Eisenbahnarbeiter zu schimpfen. Jetzt nach der angeblich so erfolgreichen Reorganisation der Werkstätten ist ihm jede Ausrede genommen. Aber die schlechte Organisation des Verkehrswezens bleibt bestehen!

Wenn aber vollstättlich die Forcierung von Ueber-schichten auch sinnlos ist, so hat sie doch ihren sehr guten Sinn für das Bergkapital. Die Einschränkung und Niederwerfung der Bergarbeiterschaft ist für das Kapital von größtem Vorteil. Die Volkswirtschaft hat zwar keinen Nutzen, aber um so mehr die Kapitalber-schaft. Die Stinnes und Konforten haben allen Grund, Herrn Severing als ihren Preiskämpfer zu feiern.

Unterbrechung der Londoner Wirtschafts-verhandlungen.

T. U. Genf, 2. März.

Der französische Finanzminister Barthelemy ist nach Paris zurückgekehrt. Die Konferenz der Großmächte über die Bekämpfung der Lebensmittelteuerung und der Inflation ist vorläufig unterbrochen. Es wurde beschlossen, einen Bericht über die Lage in Europa auszuarbeiten und der nordamerikanischen Regierung zu unterbreiten. Es hat sich, wie die Pariser Zeitungen mitteilen, herausgestellt, daß die Lage in Europa und selbst in Japan derzeit groß ist, daß eine wirksame Abhilfe ohne die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht möglich wäre. Die Konferenz hat sich mit der wirtschaftlichen Lage in allen Kriegsländern befaßt, auch mit derjenigen in Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Polen. Die Konferenz hat festgestellt, daß die durchschnitliche Ernährung in Deutschland bedeutend unter dem notwendigen Gehalt der Kalorien zurückbleibt.

Belagerungszustand in Irland. Über die Grafschaften Dublin, Longford, Sligo, Waterford, West-Loth wurde der Belagerungszustand verhängt.

Steuerliches Ausnahmerecht.

I.

Steuerfragen sind Machtfragen. Dieses Wort D a s s a l e s hat auch heute unvermindert Geltung. Die Verteilung der Steuerlasten ist abhängig von der politischen Macht. Während kurz nach dem 9. November 1918 die besitzenden Schichten sich vollkommen damit abgefunden hatten, daß ihnen durch eine radikale Steuererhebung die Verfügung über ihren Besitz fast völlig entzogen würde, und daß sie die Lasten, die durch den Krieg entstanden sind, zu tragen haben würden, kämpften sie gegenwärtig mit allen Kräften gegen die beabsichtigten Verhabe, ihnen auch nur einen Teil der gewaltigen Staatschuldenlast aufzubürden.

Anlässlich der Beschickung des Reichsnotopfers hat sich deshalb Erzberger in der Nationalversammlung zu dem Erstaunen gezwungen gesehen, daß es kinderleicht gewesen sei, in direkte Steuern im Parlament durchzusetzen, während der eigentliche Kampf um die Besitzsteuer gehe, dank dem Treiben gewisser besitzender Kreise, das einlebe, wenn man an ihrem Geldbeutel rühre. Was an Druckmitteln der verschiedensten Art, nicht nur auf Mitglieder der Nationalversammlung, sondern auch auf Regierungspersonen, ausgeübt worden sei, das gehe über alles Er-trägliche.

Erzbergers Erstaunen über die Steuerhau der Besitzenden können politisch-denkende Menschen kaum begreifen, denn schon während des Krieges haben die besitzenden Schichten Deutschlands, trotz ihrer ungeheuren Kriegsgewinne, es stets entschieden abgelehnt, die durch den Krieg entstandenen Lasten durch Steuern zu decken. Das geschah, weil man nicht nur hoffte, die Milliarden-schulden Deutschlands Gegnern aufbürden zu können, sondern man hatte auch fürcht, daß sie durch indirekte Steuern allein nicht aufgebracht werden könnten, und daß zu direkten Steuern auf den Besitz gegriffen werden müsse.

Nach dem Zusammenbruch aller illusionären Hoffnungen ist es auch den Besitzenden klar geworden, daß eine Steigerung der direkten Steuerlast bei der trostlosen Finanzlage Deutschlands nicht zu vermeiden ist. Die besitzenden Schichten haben deshalb ihre Taktik geändert. Sie wehren sich nicht mehr grundsätzlich gegen direkte Besitzsteuern, sondern suchen den Eindruck zu erwecken, als wenn sie sich mit ihnen abgefunden hätten, während ihr Bestreben in Wirklichkeit darauf hinausläuft, diese Gehebe in der Praxis für die Besitzenden möglichst harmlos zu gestalten. Andererseits aber versuchen sie, trotzdem die Winderbemittelten bereits durch indirekte Steuern außer-ordentlich hart zur Verteilung der Staatslasten herangezogen werden, auch die direkten Steuern so zu gestalten, daß die Winderbemittelten bis weit über die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit hinaus mit Steuern belegt werden.

Bei der Reichseinkommensteuer, deren Ertrag auf etwa 8 Milliarden geschätzt wird, ist ihnen das bereits gelungen. Alle Anträge, die darauf abzielten, die steuerfreie Grenze auf mehr als 1500 M. festzusetzen, wurden mit dem Hinweis bekämpft, daß gerade diese Einkommen einen erheblichen Teil des Steuerertrags ausmachen würden, und daß deshalb diese Erhöhung nicht möglich sei. Im Gegenzug dazu ist aber der Antrag, die Steuer, die jetzt bei 60 Prozent ihr Ende findet, bis 80 Prozent zu steigern, abgelehnt worden, die Grenze nach unten aber so tief gezogen, daß der größte Teil des unentbehrlichen Verbrauches einer jeden Familie zur Steuerzahlung herangezogen wird.

Am deutlichsten aber wird das Bestreben, die Einkommen der Winderbemittelten reißlos zur Steuerleistung heranzuziehen und dadurch die Besitzenden zu entlasten, durch § 44 des Reichseinkommensteuergesetzes auf alle Lohn-zahlung 10 v. H. des bruten Arbeitslohnes einbehalten werden sollen, und daß eine Uebernahme der Steuer durch den Unternehmer auf den Lohn unzulässig ist. Schon die frühere Einkommenbesteuerung rückete ihre Schärfe lediglich gegen die Arbeiter und Angestellten mit einem Einkommen bis zu 3000 M. Diese Bestimmung war geschaffen worden, damit von diesem Einkommen auch nur ja nicht ein Pfennig für die Steuerleistung verloren gehe. Niemand dagegen hat eine dementsprechende Verpflichtung für die Besitzenden bestanden, auch ihrerseits Geschäftsbücher usw. für Steuerzwecke vorzulegen. Aber selbst wenn diese

Bestimmung bestanden hätte, in der Praxis hätte sie kaum Bedeutung gehabt...

Dieses steuerliche Ausnahmerecht für Arbeiter und Angestellte unter 300 M. ist jetzt durch den § 44 des Reichseinkommensteuergesetzes...

Trotz dieser einschneidenden Sachlage und trotzdem die Rechtssozialisten in der Beurteilung des § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes...

Diese Gründe sind nur ein schlechter Vorwand, um die unfiscale Maßnahme in den Augen der Arbeiter zu rechtfertigen...

Es kann also ernsthaft durchaus keine Rede davon sein, daß der § 44 des Reichseinkommensteuergesetzes einen sozialen Schutz für die Arbeiter...

ger darstelle. Der Paragraf ist unter allen Umständen sowohl nach den Absichten seiner Urheber...

Die Schuchhaft.

Wie wir früher schon mitgeteilt haben, ist die „Freiheit“ in Königsberg nicht nur verboten worden...

Der verantwortliche Redakteur dieses Blattes soll nach den Bestimmungen des Prehengesetzes dafür haftbar sein...

Befehlshaber v. Hoff, Generalleutnant.

Der verantwortliche Redakteur eines Blattes soll nach den Bestimmungen des Prehengesetzes dafür haftbar sein...

In Königsberg ist auch unser Genosse Max Heydemann, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung...

Der Schriftsteller Heydemann ist in Schuchhaft zu nehmen, weil er als Versammlungsredner der U. S. P. in seinen Ansichten eine maßlose Verheerung der arbeitenden Klassen der Bevölkerung betreibt...

Wenn unser Genosse wirklich dazu aufgefordert haben sollte, die Regierung mit gewalttätigen Mitteln zu führen...

Das sind die Zustände im demokratischen Deutschland, im freiesten Lande der Welt!

Der preussische Ministerpräsident Graf hat gestern in der Landtagsversammlung abgelehnt, daß für die rechtssozialistische Parteipropaganda Regierungsorgane ausgedehnt werden...

Die Herstellung und Verbreitung von Plakaten und Flugchriften kostet heute sehr viel Geld. Es mag daher für die S. P. D. recht angenehm sein...

Die Reaktion in der Reichswehr.

Der Republikanische Führerband erläßt folgende Kundgebung:

Innerhalb des Offizierskorps der Reichswehr spielt sich jetzt ein Kampf ab, von dem der Außenstehende wenig oder nichts merkt...

Wir fordern erneut auf das dringendste, indem wir auf die große Gefahr hinweisen, die der Republik dadurch droht...

1. das Personalamt des Reichswehrministeriums mit solchen Offizieren besetzt wird, deren Ansichten und Einstellung sich nach einer bestimmten Richtung hin beeinflussen lassen...

Die Pressepolitik.

Wie uns aus Coblenz gemeldet wird, ist unser dortiges junges Parteiorgan, die „Coblenzblätter Arbeiterzeitung“ wegen eines Artikels...

Proletarische Kultur und Kunst.

1.

Proletarische Kultur.

„Gibt es eine proletarische Kultur?“ Söhnen unsere Gegner.

Deren antworten wir ganz unbedenklich und aufrechtig: Nein. Noch nicht. Wie sollte das auch möglich sein?

Die Kultur eines Volkes und einer Zeit wird durch die herrschende Gesellschaftsordnung und durch die herrschende Klasse bestimmt.

Einen proletarischen Staat gibt es bisher nicht. Eine proletarische Gesellschaftsordnung gibt es nicht. Wie sollte es da eine proletarische Kultur geben?

Das vollzieht sich nicht von heute auf morgen, das braucht Jahrzehnte und Jahrhunderte. Auch wird die bürgerliche Kultur nicht plötzlich verschwinden.

Der Weg dahin ist weit und mühsam. Sicherlich aber das Ziel ist unvermeidbar. Wie auch der Weg sein mag...

II.

Proletarische Kunst.

Eine Kultur ist nicht das Werk eines einzelnen oder vereinzelten Genies. Kultur wird nicht errungen, nicht erkämpft, nicht vererbelt, nicht gelehrt und nicht gelehrt.

Aber das Werk, das Kunstwerk ist Sache des einzelnen. Es gibt Proletarier. Es gibt Proletarier, die Künstler sind. Also gibt es auch proletarische Kunst?

Proletarische Kunst? Was ist proletarische Kunst? Was können wir so nennen? Alles das, was ein Künstler, ein Dichter schafft...

nicht verleugnen. Solche Kunstwerke sind selten. Zuerst ist nötig, sie zu schaffen: ein Künstler, ein wahrer Künstler und ein Proletarier...

Wohl gibt es Tausende von braven, tapferen Genossen. In nah der Tages Mühe und Sorge Erlösung und Freude suchen in der Beschäftigung mit der Kunst...

Und auf der anderen Seite gibt es eine ganze Anzahl von Künstlern und Dichtern, die aus dem Proletariat hervorgehen und deren Werke man doch nicht proletarisch nennen kann.

Aber so einfach liegt der Fall nicht immer. Auch für die proletarischen Künstler, die äußerlich ihr Leben lang mit voller Abicht Proletarier bleiben...

Die proletarische Kunst also, der Proletarier bleiben wir mit die in gewissen Verhältnissen der bürgerlichen Kultur...

Der proletarische Künstler also, der Proletarier bleiben wir mit die in gewissen Verhältnissen der bürgerlichen Kultur...

